



Aarhus-Vertragsstaatenkonferenz und deutscher Staatenbericht

Stellungnahme der Umweltverbände

Beteiligungsforum, 04.07.2025

Luisa Schneider, Unabhängiges Institut für Umweltfragen

Marie Bohlmann, Green Legal Impact

Stellungnahme der Umweltverbände zum Entwurf des Nationalen Umsetzungsberichts der Aarhus-Konvention für Deutschland (2025)

Von

Deutscher Naturschutzring, Green Legal Impact, Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Deutsche Umwelthilfe, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Naturschutzbund Deutschland, World Wide Fund for Nature Deutschland



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



UIU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen



Deutsche Umwelthilfe



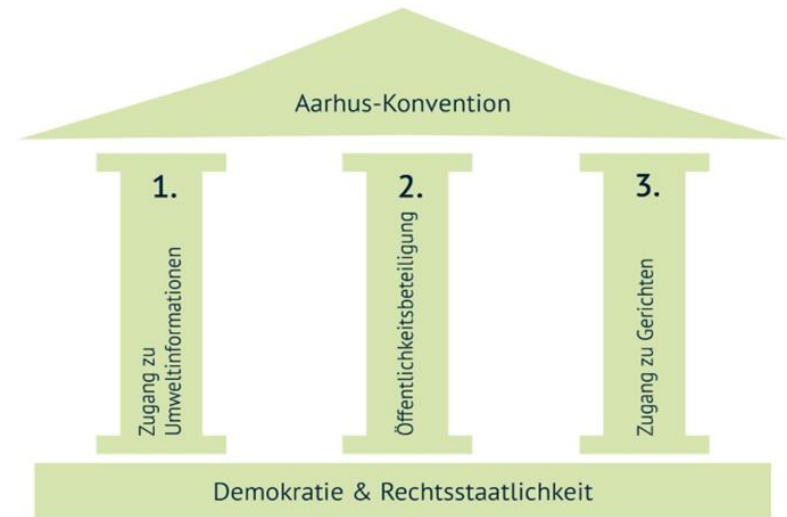
Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



7. April 2025

Die Aarhus-Konvention

- Verabschiedet 1998 (UNECE)
– über 40 Vertragsstaaten + EU
- **Drei Säulen:**
 1. Zugang zu Umweltinformationen
 2. Öffentlichkeitsbeteiligung
 3. Zugang zu Gerichten
- **Ziel:** Umweltgerechte und demokratische Entscheidungsprozesse
- Fördert Umweltbildung & schützt Umweltaktivist*innen
- Verknüpft Umwelt- & Menschenrechte (1. ihrer Art)



Die Aarhus-Vertragsstaatenkonferenz

MoP8 - Treffen der Vertragsstaaten der Aarhus-Konvention

- Oberstes Organ zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Aarhus-Konvention

- **Wo & Wann?** Genf, Palais des Nations – 17.–21. Nov. 2025.
- **Wer nimmt teil?** Vertragsstaaten, NGOs, Internationale Organisationen, Öffentlichkeit
- **Was passiert konkret?**
 - Berichte zur Umsetzung & Compliance
 - Verabschiedung neuer Arbeits- und Finanzpläne
 - Wahl von 6 ACCC-Mitgliedern
 - Wahl neuer Sonderberichterstatter für Umweltschützer*innen

Der deutsche Staatenbericht

Artikel der Aarhus-Konvention	Inhalt
Artikel 2	Begriff der Umweltvereinigung
Artikel 3 (8)	Schutz von Umweltaktivist*innen
Artikel 4 und 5	Zugang zu Information
Artikel 6 bis 8	Öffentlichkeitsbeteiligung
Artikel 9	Zugang zu Gericht



Zum Staatenbericht und
zur Stellungnahme:



Unsere Stellungnahme - Überblick

- **Alle drei Säulen defizitär:** Informationszugang, Beteiligung und Rechtsschutz unvollständig umgesetzt
- **Politische Entwicklungen:** Koalitionsverhandlungen: Debatten u.a. um Abschaffung Umweltverbandsklage + Informationsrechte
- **Druck auf NGOs:** Kleine Anfrage CDU/CSU 551 Fragen
- **Wenige Fortschritte seit 2021**, teils sogar Rückschritte – z. B. durch Beschleunigungsgesetze.
- **Digitale Beteiligung mangelhaft:** Unterlagen oft nicht online verfügbar, Rückschritte bei digitalen Erörterungsterminen.
- **Verbandsklage eingeschränkt:** Greenpeace, WWF weiterhin nicht rechtlich anerkannt; Novelle des UmwRG insgesamt blieb bislang aus.

Überblick

Artikel	Staatenbericht	Stellungnahme
Art. 3 Abs. 8 AK environmental defenders	Keine Schwierigkeiten	Unzureichende Umsetzung -> Hinweise auf Green Legal Spaces Report 2025
Art. 4 AK Information	Dilemma 1-Monats- Frist + Berücksichtigung Belange Dritter	V.a. Gebühren mit Abschreckungswirkung
Art. 5 AK Information	Aufzählung von Informations- angeboten	Kritik: Ressorts wie Verkehr, Wirtschaft oder Landwirtschaft sind weit weniger transparent als das BMUV
Art. 6 AK Beteiligung	umfassende Umsetzung	Umsetzung unzureichend, insb. durch Beschleunigungsgesetzgebung der letzten Jahre.

Überblick

Artikel	Staatenbericht	Stellungnahme
Art. 7 AK Pläne + Programme	Darstellung von Beteiligungsformaten	Beteiligung oft rein formal, echte Einflussmöglichkeit fehlt
Art. 8 AK Exekutive Vorschriften + normative Instrumente	Verweis auf Beteiligung bei R-VO	Beteiligung oft zu spät oder rein formal, echte Einflussmöglichkeit fehlt Bsp: Klimaschutzgesetz 2023
Art. 9 AK Zugang zu Gerichten	Umsetzung steht aus - neues Gesetzgebungs- verfahren	ACCC/C/2016/137 zu Klagebefugnis noch nicht umgesetzt Kosten

Unsere Stellungnahme - Überblick

- Mangelnde Erwähnung der 4 laufenden Verfahren gegen Deutschland
 - Verfahren ACCC/C/2020/178
 - Verfahren ACCC/C/2023/203
 - Verfahren ACCC/C/2024/208
 - Verfahren ACCC/C/2025/215
- 5 vergangene Verfahren:
 - Zwei unzulässig: ACCC/C/2015/125; ACCC/C/2018/160
 - Eins nicht erfolgreich: ACCC/C/2013/92
 - Zwei erfolgreich: ACCC/C/2008/31; ACCC/C/2016/137

Verfahren ACCC/C/2008/31

- **Ging um:**
Artikel 9 AK - Zugang zu Gericht für Umweltverbände - Wogegen kann man klagen?
- **Rechtliche Frage:**
Was sind “umweltbezogene Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts”?
→ **ACCC:** Muss weit ausgelegt werden: nicht nur Vorschriften, die explizit dem Umweltschutz dienen, sondern alle Bestimmungen mit Umweltbezug.
- **Stand des Verfahrens:** abgeschlossen
 - Mit Novelle des UmwRG von 2017 teilweise umgesetzt & in nationaler Rechtsprechung anerkannt

Verfahren ACCC/C/2016/137

- **Ging um:**
Artikel 2 und 9 AK - Zugang zu Gericht für Umweltverbände - Wer kann klagen?
- **Rechtliche Frage:**
Welche Nichtregierungsorganisationen können sich für ein Klagerecht auf die Aarhus-Konvention berufen?
→ **ACCC:** Deutschland darf die Rechtsform für anzuerkennende Umweltvereinigungen nicht de facto auf basisdemokratisch organisierte Vereine limitieren (§ 3 UmwRG).
- **Stand des Verfahrens:**
- abgeschlossen, noch nicht im UmwRG umgesetzt.
 - Umsetzungsfrist ist abgelaufen! Rüge beim MoP im November.

Verfahren ACCC/C/2020/178

- **Ging um:**
Art. 9 und Art. 3 AK, Zugang zu Gericht in gestuften Entscheidungen
- **Rechtliche Frage:**
 - Muss gegen die gesetzliche Bedarfsfeststellung unmittelbarer gerichtlicher Rechtsschutz eröffnet sein, oder genügt eine spätere inzidente Überprüfung im Rahmen der Genehmigungsentscheidung?
 - Gilt dies auch für Einzelpersonen ?
- **Stand des Verfahrens:** laufend
 - Eingereicht Januar 2020, Austausch von Schriftsätzen

Verfahren ACCC/C/2023/203

- **Ging um:**
Verstöße gegen Art. 8 AK, Kurze Beteiligungsfrist bei Änderung des Klimaschutzgesetzes
- **Rechtliche Frage:**
 - Findet Art. 8 AK auf ministerielle Gesetzesvorbereitungen Anwendung?
 - Reichen ein Arbeitstag + 2 Stunden Stellungnahmefrist aus?
- **Stand des Verfahrens:** laufend
 - Eingereicht Juli 2023, Austausch von Schriftsätzen

Verfahren ACCC/C/2024/208

- **Ging um:**
Art. 6, 7, 8, 9 AK, unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung, mangelnder Zugang zu gerichtlicher Überprüfung
- **Rechtliche Frage:** u.a.:
 - Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von Gesetzesentwürfen
 - Sieht das LNGG mit verkürzten Beteiligungsfristen noch einen angemessenen zeitlichen Rahmen vor für effektive Beteiligung?
 - Rechtsschutz gegen gesetzliche Bedarfsfeststellung
- **Stand des Verfahrens:** laufend
 - Eingereicht April 2024, Austausch von Schriftsätzen

Verfahren ACCC/C/2025/215

- **Geht um:**
Artikel 9 - Zugang zu Gericht für Umweltverbände - Übermäßig hohe Kosten
- **Rechtliche Frage:**
Führt das Risiko der Kostenübernahme vor Verwaltungsgerichten, insbesondere die Kosten für externe Gutachten, die vom Gericht oder der Gegenseite beauftragt werden, zu übermäßig hohen Kosten?
- **Stand des Verfahrens:** laufend.
 - Eingereicht im Dez 2024, Austausch von Schriftsätzen

Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!



UfU Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

green
legal
impact.